Ausschusskunde für Fortgeschrittene

Was kommt nach Ibiza? Die Opposition will einen neuen Untersuchungsausschuss einsetzen. Das ist gar nicht so einfach, wie es den Anschein hat.

ANDREAS KOLLER

WIEN. Nach dem Untersuchungsausschuss ist vor dem Untersuchungsausschuss. Nur: Was genau soll eigentlich untersucht werden? Fest steht derzeit nur, dass die Abschlussberichte des Ibiza-U-Ausschusses am Mittwoch formell dem Nationalrat übermittelt und dort diskutiert werden. Womit der Ibiza-Ausschuss sein offizielles Ende gefunden hat.

Völlig offen hingegen ist, was der Inhalt des nächsten, von der Opposition bereits angekündigten U-Ausschusses sein soll. "Bei der Festlegung des Untersuchungsgegenstands handelt es sich um eine juristisch hochkomplexe Materie", sagt auf SN-Anfrage Kai Jan Krainer, der

im abgeschlossenen Ibiza-Ausschuss als Fraktionsführer der SPÖ agiert hat.

Und tatsächlich muss es sich Untersuchungsgegenstand laut Gesetz um einen "bestimmten, abgeschlossenen Vorgang im Bereich der Vollziehung des Bundes handeln". Weiters ist normiert, dass sich ein Untersuchungsausschuss "nicht in laufende politische Angelegenheiten einmischen" darf. Somit fällt beispielsweise eine Untersuchung der Beschaffung von Corona-Masken, -Tests und -Impfstoffen ten gemäß formuliert, kann er von als möglicher Gegenstand eines U-Ausschusses flach. Denn dieser Vorgang ist noch keineswegs abgeschlossen, auch fallen etliche der Beschaffungen in die Kompetenz der Länder, auf die der U-Ausschuss

des Nationalrats keinen Zugriff hat. Die Opposition muss sich ihre Formulierungen genau überlegen. Denn: Wird der Untersuchungsgegenstand nicht exakt den Vorschrif-



"Juristisch hochkomplexe Materie."

Kai Jan Krainer, SPÖ-Fraktionsführer

der Regierungsmehrheit im Parlament abgeschmettert werden.

Neos-Fraktionsführerin Stephanie Krisper hat bereits vor einigen Tagen kundgetan, was ihre Partei gern untersuchen würde: nämlich die mögliche politische Einflussnahme auf Ermittlungen. Der dahinter stehende Vorwurf ist eng mit dem Ibiza-Thema verzahnt. Die Opposition ist der Ansicht, dass die nach Bekanntwerden des Ibiza-Videos eingerichtete Soko Tape ihre gesamte Energie in die Verfolgung des Privatdetektivs Julian H., den Macher des Ibiza-Videos, gesteckt habe, während die Aufklärung der auf dem Video angedeuteten Korruptionsfälle "aktiv behindert" (so Kai Jan Krainer) worden sei. Zur Belohnung sei der Leiter der Soko Tape von ÖVP-Innenminister Nehammer zum Direktor des Bundeskriminalamts befördert worden. Auch die in Handynachrichten dokumentierten Aktivitäten des eins-Strafrechts-Sektionschefs tigen

Christian Pilnacek wurden von der Opposition als Versuch interpretiert, Verdächtige zu schützen.

Die SPÖ will in der Nationalratssitzung am Mittwoch den Antrag stellen, dass U-Ausschüsse künftig im Internet und im TV übertragen werden können. Und zwar dann, wenn Auskunftspersonen befragt werden, die "im öffentlichen Interesse stehen". ÖVP und Grüne haben in der Vergangenheit mehrmals erklärt, sich derartige Übertragungen vorstellen zu können. Dass der SPÖ-Antrag eine Mehrheit erhält, scheint dennoch unwahrscheinlich. Man wolle in dieser Angelegenheit lieber ein "Gesamtpaket" schnüren und nicht überhastet vorgehen, erfuhren die SN im ÖVP-Parlamentsklub.

Dringende Suche nach Arbeitsmedizinern

"Unternehmer brauchen versierte Gesundheitsmanager."

WIEN. In Österreich werden dringend Arbeitsmediziner gesucht. Die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA), die Ärztekammer sowie das Sozial- und das Arbeitsministerium haben deshalb eine Kampagne gestartet, die sich an Berufseinsteiger und erfahrene Mediziner wendet. Nach Schätzung von Experten der Akademie für Arbeitsmedizin (AAMP) gibt es aktuell rund 1000 aktive Arbeitsmediziner, um rund 500 zu wenig. Ohne Gegenmaßnahmen wächst diese Lücke jährlich um weitere 100 Perso-

Karl Hochgatterer, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Arbeitsmedizin, verwies in einer Aussendung darauf, dass sich die Arbeitswelt mit Automatisierung, Homeoffice und Digitalisierung rasant verändert. "So gewinnen die Fragen der Gesundheit und Leistungsfähigkeit ganz neue Bedeutung. Um sie nachhaltig zu beantworten, brauchen Unternehmen versierte Gesundheitsmanager, und das können nur ausgebildete Arbeitsmediziner sein."

Vorarlberg hat strukturelles Haushaltsproblem

BREGENZ. Der Vorarlberger Rechnungshof sieht dringenden Bedarf für eine Haushaltskonsolidierung beim Land Vorarlberg. "Als die Pandemie kam, hatte Vorarlberg bereits ein strukturelles Haushaltsproblem", stellte Direktorin Brigitte Eggler-Bargehr bei einer Pressekonferenz am Dienstag fest. Es gebe dringenden Handlungsbedarf für "umgehende, systematische und konkrete Konsolidierungsmaßnahmen", da laufend mehr ausgegeben als eingenommen werde. Die Finanzsituation des Landes habe sich bereits in den Jahren der Hochkonjunktur verschlechtert.

